



Für: Stadt Heidelberg  
Herrn Oberbürgermeister  
Dr. Eckart Würzner

Fax: (06221) 58 10 590

Poststr. 18-20  
69115 Heidelberg  
Tel: +49 (6221) 91 466-14  
Fax: +49 (6221) 91 466-12

fraktion@gruene-heidelberg.de  
www.gruene-heidelberg.de

Bergheimer Str. 144  
69115 Heidelberg  
Tel: +49 (175) 4 17 05 23

info@generation-hd.de  
www.generation-hd.de

Heidelberg, 18.05.2010

### Sachantrag zu TOP ö 1 „Örtliche Bedarfsplanung für das Kindergartenjahr 01.09.2010 bis 31.08.2011“

Drucksache 0148/2010/BV

Sitzung des Jugendhilfeausschuss am 18.05.2010

Die vorgelegte Bedarfsplanung wird an die Verwaltung zurückgewiesen mit der Aufforderung, diese nachzubessern und weiter zu konkretisieren und sie dann umgehend erneut den Gremien vorzulegen.

Überarbeitet wird:

1. Die Struktur der Vorlage. Es ist klar zu unterscheiden zwischen Sachverhaltsdarstellung, Schätzungen und prognostische Aussagen. Für alle Teilbereiche (Kleinkindbetreuung, Kindergartenbetreuung, Hort) ist eine verbale Zusammenfassung sowie eine Risikobewertung in kurzer Form darzustellen.
2. Die Aussagen zur finanziellen Situation sind zu knapp. Hier ist weiter zu detaillieren.
3. Das erwartete Wachstum in der Stadt (z.B. Bahnstadt) wird berücksichtigt und als eigenständiges Thema erörtert.
4. Tagespflege ist fester Bestandteil der Kleinkindbetreuung, reduziert aber nicht den Bedarf an Betreuungsplätzen generell, sondern den Bedarf in Betreuungseinrichtungen. Um ein Gesamtbild zu erhalten, sind Tagesmütter an der jährlichen Abfrage zu beteiligen.
5. Folgende Fragen sind zu ergänzend zu beantworten:
  - Ab wann stehen die 139 Plätze definitiv zur Verfügung?
  - In welchem Preissegment sind die zusätzlichen Plätze?
  - Gibt es eine Liste für die weitergehenden 190 Plätze, die im nächsten Jahr geschaffen werden sollen? Sind bei denen die Immobilien- und Nachbarschaftsprobleme schon gelöst?

#### **Begründung:**

Die vorgelegte Beschlussvorlage ist weder strukturiert aufbereitet noch eingängig zu verstehen. Eine intensive Beschäftigung, bei der die Informationen erst einmal entsprechend verknüpft werden müssen, ist notwendig. Das ist nicht Aufgabe der Gemeinderäte, sondern ist von der Verwaltung zu leisten.

Zusätzlich fehlen Informationen, wie den aufgeführten Fragen zu entnehmen ist. Und es werden Annahmen getroffen, die nicht richtig sind (Tagespflege).